

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 22 | 03.06.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 28/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Gerichtsorganisationsgesetz** geändert und die **Gerichtsorganisationsnovelle Wien-Niederösterreich** aufgehoben wird (Ermöglichung der elektronischen Fertigung; Sicherstellung der Authentizität durch die Verwendung des elektronischen Dienstausweises oder anderer geeigneter Verfahren, die den Zugang zu den Anwendungen der Justiz ermöglichen; nachträgliche Nachvollziehbarkeit für jede Benutzereingabe durch Festhaltung in einem elektronischen Protokoll; Einrichtung eines Pilotbetriebs am Arbeits- und Sozialgericht Wien mit Start im zweiten Quartal 2016; Abstandnahme von einem gemeinsamen bzw. bundesländerübergreifenden Bezirksgerichtsprengel „Hietzing-Purkersdorf“ und folglich Aufhebung der Gerichtsorganisations-Novelle Wien-Niederösterreich)

[BGBl I 29/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Handelsvertretergesetz** geändert wird (Umsetzung des OGH-Urteils 3 Ob 138/14m; die Folgeprovision teilt das Schicksal der Prämie gem Abs 1 HandelsvertreterG und steht sohin dann zu, wenn und soweit der Versicherungsnehmer die geschuldete Prämie weiter zahlt oder weiter hätte zahlen müssen, hätte der Versicherer seine Verpflichtung erfüllt; Beibehaltung des Anspruchs auf Folgeprovision im Fall einer ordentlichen Kündigung gem § 21 leg cit durch den Versicherungsvertreter; Nichtbestehen dieses Anspruchs, wenn der Unternehmer das Vertragsverhältnis wegen eines schuldhaften, einen wichtigen Grund nach § 22 leg cit darstellenden Verhaltens des Versicherungsvertreters gekündigt oder vorzeitig gelöst hat)

[BGBl I 30/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Apothekengesetz** geändert wird (Möglichkeit der Eröffnung einer ärztlichen Hausapotheke für Großgemeinden trotz bestehender öffentlicher Apotheke; Wiedereinführung der Nachfolgerregelung; Sicherstellung der all-gemeinmedizinischen Versorgung im ländlichen Raum)

[BGBl I 31/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesgesetz über die Gesundheit Österreich GmbH** geändert wird (Übertragung der Funktion des Österreichischen Stammzellregisters auf die Gesundheit Österreich GmbH; datenschutzrechtliche Absicherung der Mitwirkung der Gesundheit Österreich GmbH bei der Evaluierung und Qualitätssicherung des Österreichischen Brustkrebs-Früherkennungsprogramms)

[BGBl I 32/2016](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundespräsidentenwahlgesetz 1971** geändert wird (Möglichkeit der Wahlbehörde bzw des Bundeswahlleiters, vor Abschluss und Veröffentlichung der Wahlvorschläge innerhalb weniger Tage hinsichtlich des Vorliegens eines Wahlausschlussgrunds zu überprüfen, ob die Kandidaten die Voraussetzung der Wählbarkeit erfüllen)

[BGBl I 33/2016](#)

Bundesgesetz über die Abwicklung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds (**KRAZAF-Abwicklungsgesetz**) (Einführung von Regelungen zur Abwicklung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds)

[BGBl II 119/2016](#)

Entschließung des Bundespräsidenten, mit der die sachliche Leitung bestimmter, **zum Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gehörender Angelegenheiten einem eigenen Bundesminister übertragen** wird

[BGBl II 131/2016](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit über die Anwendung von in Österreich nicht zugelassenen Tierimpfstoffen gegen anzeigepflichtige Tierseuchen oder veterinärrechtlichen Regelungen unterliegende Tierkrankheiten (**Tierimpfstoff-Anwendungsverordnung 2016**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 138 v 26.05.2016, 1](#)

Verordnung (EU) 2016/796 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die **Eisenbahnagentur der Europäischen Union** und zur **Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 881/2004**

[ABI L 138 v 26.05.2016, 44](#)

Richtlinie (EU) 2016/797 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die **Interoperabilität des Eisenbahnsystems** in der Europäischen Union

[ABI L 138 v 26.05.2016, 102](#)

Richtlinie (EU) 2016/798 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über **Eisenbahnsicherheit**

[ABI L 143 v 31.05.2016, 1](#)

Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2016/836 des **Berichtigungshaushaltsplans Nr 1 der Europäischen Union** für das **Haushaltsjahr 2016**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

VwGH 16.03.2016, [Ra 2014/10/0020](#)

Ktn NaturschutzG; Abweisung eines Antrags auf Erteilung der naturschutzrechtlichen Bewilligung für die Errichtung und den Betrieb einer Wasserkraftanlage; **mangelhafte Begründung** des abweisenden Bescheids; keine in qualitativer und quantitativer Hinsicht nachvollziehbaren, auf Aspekte des Einzelfalls bezogenen Darlegungen, die eine entsprechende **Interessenabwägung** zulassen würden

VwGH 31.03.2016, [2013/07/0023](#)

WasserrechtsG; bei **Anordnung notwendiger letztmaliger Vorkehrungen** anlässlich des **Erlöschens von Wasserbenutzungsrechten** (§ 29 Abs 1 WasserrechtsG) ist auch auf den Einwand damit verbundener **nachteiliger Auswirkungen auf dingliche Rechte von Anrainern** Bedacht zu nehmen; ggst hat die belangte Behörde zu Unrecht die vom Bf in seiner Rechtsstellung als Anrainer eingewendeten konkreten Auswirkungen der angeordneten letztmaligen Vorkehrungen nicht geprüft und ein Ermittlungsverfahren unterlassen

VwGH 31.03.2016, [2013/07/0170](#)

WasserrechtsG; der **Rechtsnachfolger im Eigentum** an einer Liegenschaft, mit welcher gem § 102 Abs 1 lit b iVm § 12 Abs 2 WasserrechtsG die verfahrensrechtliche Stellung als **Partei in einem wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren** verbunden ist, tritt in diese Parteistellung ein; Partei des Verfahrens ist im Falle der rechtskräftigen Einantwortung nur der eingewortete Erbe bzw jener Erbe, dessen Eigentumsrecht ob der Liegenschaft, aus dem sich die Parteistellung ableitet, aufgrund eines Erbübereinkommens einverleibt wurde

VwGH 31.03.2016, [Ro 2014/07/0022](#)

Maß- und EichG; Antrag einer Beschuldigten in einem Verwaltungsstrafverfahren auf Vorlage des Eichscheins des verwendeten Messgeräts; die **Eichung eines Geräts** kann auch auf andere Weise als durch Einholung eines Eichscheins bewiesen werden; ein solcher **Beweis** muss aber aus der **Sphäre des Bundesamts für Eich- und Vermessungswesen** stammen; so kann der Beweis durch entsprechende Auskunft eines Bediensteten des Bundesamts für Eich- und Vermessungswesen bzw durch Einholung einer dbzgl Bestätigung dieser Behörde erbracht werden; hingegen reichen Aussagen von Meldungslegern hinsichtlich der Eichung eines verwendeten Geräts nicht aus

VwGH 14.04.2016, [2013/06/0169](#)

Vbg BauG; **nachträgliche Baubewilligung** für den Ausbau eines Dachgeschosses; div Nachbareinwendungen; Widerspruchlichkeit und Mangelhaftigkeit der Feststellungen der Behörde; läge tatsächlich – wie die Behörde festgestellt hat – „**Stockwerkseigentum**“ vor, wäre die Zustimmung der Bf zur Bauführung erforderlich gewesen; mangels entsprechender Baupläne ist auch nicht nachvollziehbar, welche Bauteile überhaupt von den baulichen Änderungen, vor allem nach deren Situierung, betroffen sind

VwGH 14.04.2016, [Ra 2015/06/0037](#)

VwGVG; Heranziehung von Amts-SV durch ein VwG; die Tatsache, dass der **Amts-SV Bediensteter der belangten Behörde** ist, lässt für sich nicht die volle Unbefangenheit des Amts-SV in Zweifel ziehen; jedoch ist die Heranziehung nicht von vornherein und in jedem Fall zulässig; die **Unbefangenheit des Amts-SV** ist vielmehr jeweils gesondert zu prüfen

VwGH 20.04.2016, [Ra 2016/04/0007](#); [Ra 2016/04/0008](#)

Ktn ElektrizitätsG; **VwGVG**; Aufhebung eines Bescheids, mit dem Dienstbarkeitsrechte nach dem Ktn ElektrizitätsG eingeräumt wurden, durch das LVwG und Zurückverweisung der Angelegenheit an die Behörde; eine **Zurückverweisung nach § 28 Abs 3 zweiter Satz VwGVG** setzt das Unterlassen notwendiger Ermittlungen voraus; ggst trifft es zwar zu, dass ein rechtskräftiger Genehmigungsbescheid für die projektierte Leitungsanlage fehlt und die Frage der UVP-Pflicht durch die Aufhebung des UVP-Feststellungsbescheids offen ist; es sind jedoch keine notwendigen Ermittlungen der Behörde betreffend die zwangsweise Einräumung von Dienstbarkeitsrechten zu tätigen, weshalb das LVwG in der Sache entscheiden hätte müssen

VwGH 20.04.2016, [Ro 2016/04/0003](#)

VwGVG; GewO; die **örtliche Zuständigkeit des LVwG** gem § 3 Abs 2 VwGVG bestimmt sich nach den örtlichen Anknüpfungspunkten des § 3 AVG im Zeitpunkt der Erlassung des angefochtenen Bescheids; im Hinblick auf die **Entziehung der Gewerbeberechtigung** ist dies der Standort der jeweiligen Gewerbeberechtigung; ggst ist unstrittig, dass der Standort der Gewerbeberechtigung zum Zeitpunkt der Erlassung des erstinstanzlichen Bescheids in Wien war

VwGH 26.04.2016, [Ro 2014/03/0084](#)

PrivatfernsehG; Audiovisuelle Mediendienste-G; Zulassung zur Verbreitung eines digitalen Fernsehprogramms über die terrestrische Multiplex-Plattform; unzureichende Ermittlungen der Behörde bzw des VwG um die für die Bewertung des besonderen Beitrags zur Meinungsvielfalt entscheidenden Parameter nach § 20 Abs 3 Audiovisuelle Mediendienste-G beurteilen zu können

VwGH 26.04.2016, [Ro 2015/03/0038](#)

VwGVG; Privatradiog; TelekommunikationsG; Zulassung zur **Veranstaltung eines Hörfunkprogramms;** mit der Begründung, dass zu Lokalbezug und Ausmaß an Eigengestaltung der Programme noch ergänzende Ermittlungen erforderlich seien und dass keine Anhaltspunkte dafür vorlägen, dass die Feststellung des maßgeblichen Sachverhalts durch das VwG selbst im Interesse der Raschheit liege oder mit einer erheblichen Kostenersparnis verbunden sei, legt das VwG keine Umstände dar, die eine **Aufhebung und Zurückweisung** rechtfertigen könnten

VwGH 27.04.2016, [2013/05/0074](#)

NÖ BauO; Baubewilligung für die Errichtung eines neuen Bankgebäudes; div **Nachbareinwendungen;** § 6 Abs 2 Z 2 NÖ BauO gewährt dem Nachbarn kein Recht auf Schutz vor Immissionen im Fall einer Abstellanlage im gesetzlich vorgeschriebenen Ausmaß; keine Verletzung des Rechts auf Akteneinsicht durch Versagung der Einsicht in das Brandschutzkonzept, da das Brandschutzkonzept den Brandschutz des Projekts des Baubewilligungsverfahrens und nicht den Brandschutz hinsichtlich Bauwerke der Nachbarn betrifft

VwGH 27.04.2016, [2013/05/0099](#)

Wr Feuerpolizei-, Luftreinhalte- und KlimaanlagenG; VStG; mit dem ggst Straferkenntnis wurde eine Rauchfangkehrerin wegen der nicht gesetzeskonformen **Durchführung von Kehr- und Überprüfungstätigkeit** verwaltungsstrafrechtlich belangt; Verstoß gegen das **Doppelbestrafungsverbot**, da mit den Spruchpunkten 2. und 3. ein und dasselbe Verhalten, nämlich die an diesem Tag durchgeführte Kehr- und Überprüfungstätigkeit und die dabei nicht erfolgten Eintragungen in das Kontrollbuch des Gebäudes, rechtskräftig zweimal bestraft wurde

VwGH 27.04.2016, [2013/05/0167](#)

BauO für Wien; bescheidmäßiger Auftrag gem § 129 Abs 2 iVm Abs 4 BauO für Wien zur Entfernung von schadhaften Fassadenteilen; im ggst angefochtenen Berufungsbescheid hat die belangte Behörde – ohne dies zu thematisieren – ihrer Beurteilung zu Grunde gelegt, dass der erstinstanzliche Bescheid allen Miteigentümern gegenüber erlassen worden sei; davon ist jedoch bei **Zustellung** bloß an eine **nicht mit Vertretungsvollmacht ausgestattete Miteigentümerin**, nicht jedoch an die übrigen Miteigentümer, nicht auszugehen

VwGH 27.04.2016, [2013/05/0205](#)

BauO für Wien; Erteilung einer Bewilligung für Abweichungen vom bewilligten Bauvorhaben und für die Herstellung von Zubauten auf einer näher bezeichneten Liegenschaft; div Nachbareinwendungen; die in § 134a BauO für Wien genannten Nachbarrechte werden durch die Tatbestandsvoraussetzung „sofern sie ihrem“ (gemeint: der Nachbarn) „Schutze dienen“ eingeschränkt; dies bedeutet, dass trotz objektiven Verstoßes gegen eine unter § 134a BauO für Wien subsumierbare baurechtliche Vorschrift die Verletzung eines subjektiv-öffentlichen Rechts eines Nachbarn dann nicht vorliegt, wenn nach der Situierung des bewilligten Bauvorhabens schon der Lage nach in subjektive Rechte des Nachbarn nicht eingegriffen werden kann

VwGH 27.04.2016, [Ra 2016/05/0031](#)

Oö BauO; Oö Raumordnungsg; Antrag auf Erteilung einer Baubewilligung für den Neubau einer Servicehalle und von Lagerräumen; unter dem **Begriff „Strommeisterei“** sind Dienststellen der Schifffahrtsaufsichtsorgane zu verstehen, wovon

auch die Bauwerke und sonstigen baulichen Anlagen, die nach ihrem Verwendungszweck für die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben, nämlich der schiffahrtspolizeilichen, bestimmt sind, umfasst sind; die **Widmung „Sondergebiet des Baulandes – Strommeisterei und Flussbauhof“** steht somit einem Bauvorhaben entgegen, wenn das Bauwerk oder eine sonstige bauliche Anlage nicht für Zwecke der Erfüllung öffentlicher Aufgaben errichtet oder benützt werden soll

VwGH 28.04.2016, [2013/07/0056](#)

WasserrechtsG; wasserrechtliche Bewilligung für die Errichtung und den Betrieb der Wasserkraftanlage; mit seinem Vorbringen, im Bewilligungsverfahren sei zu Unrecht die Errichtung eines Bypasses nicht vorgeschrieben worden, macht der Bf Einwände gegen den Bewilligungsbescheid selbst geltend; die Behörde ist im **Verfahren nach § 121 WasserrechtsG** jedoch nicht berechtigt, allfällige Versäumnisse im Bewilligungsverfahren durch **nachträgliche Vorschreibung entsprechender Auflagen** zu beseitigen

VwGH 28.04.2016, [Ra 2015/07/0175](#)

UVP-G; WasserrechtsG; Wiederverleihung einer wasserrechtlichen Bewilligung für eine **Sand- und Schottergewinnung**; bescheidmäßige Feststellung, dass eine mit der Sand- und Schottergewinnung potentiell in **sachlichem Zusammenhang** stehende **Nassbaggerung** nicht der UVP-Pflicht unterliegt; das LVwG versäumte es, die UVP-Pflicht der Sand- und Schottergewinnung als Vorfrage zu beurteilen; es ist aber nicht auszuschließen, dass diese Prüfung im Ergebnis eine UVP-Pflicht ergeben hätte, die auch das Vorhaben der Nassbaggerung umfasst; diesfalls wäre die erteilte wasserrechtliche Bewilligung für die Sand- und Schottergewinnung aber mangels Zuständigkeit aufzuheben gewesen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 19.05.2016, [LVwG-AV-217/001-2016](#)

Oö GrundverkehrsG; aus dem Wortlaut der Bestimmung des § 31 Abs 2a Oö GrundverkehrsG und den dazu existierenden Erläuterungen ergibt sich, dass der **Gemeinde**, „in der ein erfasstes Grundstück“ liegt, eine darauf **beschränkte Parteistellung** zukommt; die Verletzung von Rechten der Gemeinde, die sie wirksam geltend machen kann, kann sich somit nur auf Grundstücke beziehen, die sich auf ihrem Gemeindegebiet und damit in ihrem eigenen Wirkungsbereich befinden

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG NÖ 20.04.2016, [LVwG-AV-217/001-2016](#)

JagdG; WaffenG; Abweisung eines Antrags auf **Ausstellung eines Waffenpasses**; aus § 72 NÖ JagdG lässt sich für behördlich bestellte und beedete **Jagdaufseher ex lege kein Anspruch** auf Ausstellung eines Waffenpasses ableiten; vielmehr ist glaubhaft zu machen, dass in bestimmten jagdlichen Situationen eine genehmigungspflichtige Schusswaffe geradezu erforderlich ist und auf andere Weise der Bedarf nicht befriedigt werden kann

LVwG NÖ 21.04.2016, [LVwG-AV-672/001-2015](#)

AbfallwirtschaftsG; Abweichungen vom Stand der Technik sind gem § 43 Abs 5 AbfallwirtschaftsG im Einzelfall nur dann möglich, wenn durch **zusätzliche geeignete Maßnahmen** sichergestellt wird, dass der gleiche Schutz erreicht wird, wie bei Einhaltung des Standes der Technik; ggst kann auf die Vorschreibung zusätzlicher Maßnahmen in der Nachsorgephase verzichtet werden, weil auch ohne zusätzliche Maßnahme der gleiche Schutz erreicht wird, wie bei Einhaltung der DeponieVO 2008; § 43 Abs 5 AbfallwirtschaftsG kann auch außerhalb des abfallrechtlichen Genehmigungsverfahrens angewendet werden

LVwG Wien 26.02.2016, [VGW-111/067/9071/2015](#); [VGW-111/067/9073/2015](#); [VGW-111/067/9076/2015](#)

Wr Stadtverfassung; gem § 65 Wr Stadtverfassung muss ein **gesetzwidriger Beschluss des Ausschusses einer Bezirksvertretung** (des Bauausschusses) durch den Bezirksvorsteher sistiert werden und die Zuständigkeit zur Entscheidung

geht auf den Bgm über; die vom ggst Bauausschuss gewählte Vorgehensweise der neuerlichen Beschlussfassung ohne vorherige Einhaltung der Vorgehensweisen hinsichtlich des gesetzwidrigen Beschlusses findet sohin weder in der Wr Stadtverfassung noch in der GO der Bezirksvertretungen ihre gesetzliche Deckung

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[26.05.2016, Rs C-260/14, Judetul Neamt](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union** – Verordnung (EG, Euratom) Nr 2988/95 – Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) – Verordnung (EG) Nr 1083/2006 – Vergabe eines öffentlichen Auftrags, der die Durchführung der geförderten Maßnahme zum Gegenstand hat, durch den Empfänger der Finanzmittel, der als öffentlicher Auftraggeber handelt – Begriff ‚Unregelmäßigkeit‘ – Kriterium des ‚Verstoßes gegen das Unionsrecht‘ – **Gegen das nationale Recht verstoßende Ausschreibungsverfahren – Rechtsnatur der von den Mitgliedstaaten beschlossenen finanziellen Berichtigungen** – Verwaltungsrechtliche Maßnahmen oder Sanktionen

[26.05.2016, Rs C-550/14, Envirotec Denmark](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – **Verlagerung der Steuerschuld** – Art 198 Abs 2 – Goldmaterial oder Halbfertigerzeugnisse – Begriff – Art 199 Abs 1 Buchst d und Anhang VI – Gebrauchtmaterial, Abfallstoffe und Schrott – Aus einer **Verschmelzung von verschiedenen Gegenständen und Schrott** erzeugte **Barren**, die zur **Gewinnung von Gold** mit einem Feingehalt von mindestens 325 Tausendsteln bestimmt sind

[26.05.2016, Rs C-607/14, Bookit](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Befreiung – Art 135 Abs 1 Buchst d – **Umsätze im Zahlungs- und Überweisungsverkehr** – Begriff – Kauf von Kinokarten per Telefon oder im Internet – Bezahlung per Debit- oder Kreditkarte – Als ‚**Abwicklung der Kartenzahlung**‘ bezeichnete **Dienstleistungen**

[26.05.2016, Rs C-48/15, NN \(L\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Direkte Besteuerung – **Freier Kapitalverkehr – Freier Dienstleistungsverkehr** – Richtlinie 69/335/EWG – Art 2, 4, 10 und 11 – Richtlinie 85/611/EWG – (ex-) Art 10 und 293 EG – Jährliche Steuer auf Organismen für gemeinsame Anlagen – Doppelbesteuerung – **Sanktion für Organismen für gemeinsame Anlagen ausländischen Rechts**

[26.05.2016, Rs C-198/15, Invamed Group ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsamer Zolltarif** – Tarifierung – Kombinierte Nomenklatur – Abschnitt XVII – **Beförderungsmittel** – Kapitel 87 – Zugmaschinen, Kraftwagen, Krafträder, Fahrräder und andere nicht schienengebundene Landfahrzeuge, Teile davon und Zubehör – Positionen 8703 und 8713 – **Fahrzeuge mit batteriebetriebenen Elektromotoren** – Begriff ‚Behinderte‘

[26.05.2016, Rs C-224/15 P, Rose Vision / Kommission](#)

Rechtsmittel – Von der Europäischen Union **im Bereich Forschung finanzierte Projekte** – Audits, bei denen **Unregelmäßigkeiten** bei der **Durchführung bestimmter Projekte** festgestellt werden – Beschlüsse der Kommission, mit denen die **Zahlung** der im Rahmen bestimmter Projekte zu leistenden Beträge **ausgesetzt** wird – **Haftungsklage** – Abweisung – Begründung

[26.05.2016, Rs C-244/15, Kommission / Griechenland](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Steuerwesen – **Kapitalverkehrsfreiheit** – Art 63 AEUV – Art 40 des EWR-Abkommens – Erbschaftsteuer – Regelung eines Mitgliedstaats, die eine **Befreiung von der Erbschaftsteuer** für den **Hauptwohnsitz** unter der Bedingung vorsieht, dass der **Erbe** seinen **ständigen Wohnsitz** in diesem **Mitgliedstaat** hat – Beschränkung – Rechtfertigung

[26.05.2016, Rs C-262/15, GD European Land Systems - Steyr](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsamer Zolltarif** – **Einreihung** von **Waren** – Verordnung (EWG) Nr 2658/87 – Kombinierte Nomenklatur – Position 8710 und Unterposition 9305 91 00 – Anmerkung 3 zu Abschnitt XVII und Anmerkung 1 Buchst c zu Kapitel 93 – **Panzerkampfwagen** und andere **selbstfahrende gepanzerte Kampffahrzeuge** – Kriegswaffen – **Einreihung** eines **Turmsystems**

[26.05.2016, Rs C-273/15, Ezernieki](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft – **Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft** – Verordnungen (EG) Nrn 1257/1999 und 817/2004 – **Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums** – Rückforderung zu Unrecht gezahlter Beträge – Vergrößerung der angemeldeten Fläche während des fünfjährigen Verpflichtungszeitraums über den vorgesehenen Schwellenwert hinaus – Ersetzung der ursprünglichen Verpflichtung durch eine neue Verpflichtung – **Verstoß** des Begünstigten gegen die **Pflicht zur Einreichung** eines **jährlichen Zahlungsantrags** für die **Beihilfe** – **Nationale Regelung**, mit der die **Rückzahlung** sämtlicher für mehrere Jahre gezahlter **Beihilfen** verlangt wird – Grundsatz der **Verhältnismäßigkeit** – Art 17 und 52 der Charta der **Grundrechte der Europäischen Union**

[26.05.2016, Rs C-286/15, Latvijas propāna gāze](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsamer Zolltarif** – Tarifierung – Kombinierte Nomenklatur – Position 2711 – **Erdgas** und **andere gasförmige Kohlenwasserstoffe** – Stoff, der den wesentlichen Charakter verleiht – Flüssiggas

[26.05.2016, Rs C-300/15, Kohll und Kohll-Schlesser](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 21 und 45 AEUV – **Freizügigkeit** und **Aufenthaltsfreiheit** der **Personen** und **Arbeitnehmer** – Einkommensteuer – **Ruhegehalt** – Steuergutschrift für Ruhegehaltsempfänger – **Voraussetzungen** für die **Gewährung** – Besitz einer von der nationalen Verwaltung ausgestellten **Lohnsteuerkarte**

[31.05.2016, Rs C-117/15, Reha Training](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Geistiges Eigentum** – **Urheberrecht** und **verwandte Schutzrechte** – Richtlinie 2001/29/EG – Art 3 Abs 1 – Richtlinie 2006/115/EG – Art 8 Abs 2 – **Begriff** ‚**öffentliche Wiedergabe**‘ – Installation von Fernsehgeräten durch den Betreiber eines Rehabilitationszentrums, damit die Patienten sich Fernsehsendungen ansehen können

[01.06.2016, Rs C-241/15, Bob-Dogi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – **Europäischer Haftbefehl** – Art 8 Abs 1 Buchst c – Pflicht zur Aufnahme von Angaben über das Vorliegen eines ‚**Haftbefehls**‘ in den **Europäischen Haftbefehl** – **Fehlen** eines **vorhergehenden nationalen Haftbefehls**, der **nicht mit dem Europäischen Haftbefehl identisch** ist – **Folge**

[02.06.2016, Rs C-205/14, Kommission / Portugal](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Luftverkehr** – Verordnung (EWG) Nr 95/93 – Zuweisung von **Zeitnischen auf Flughäfen** der **Europäischen Union** – Art 4 Abs 2 – Unabhängigkeit des Koordinators – **Begriff** der ‚**interessierten Einzelpartei**‘ – Leitungsorgan des Flughafens – Funktionale Trennung – **Finanzierung**

[02.06.2016, verb Rs C-226/14 und C-228/14 Eurogate Distribution](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – **Zollagerverfahren** – Externes Versandverfahren – **Entstehung** einer **Zollschuld** im Anschluss an die **Nichterfüllung einer Pflicht** – **Mehrwertsteueranspruch**

[02.06.2016, Rs C-233/14, Kommission / Niederlande](#)

Vertragsverletzung – Art 18, 20 und 21 AEUV – **Unionsbürgerschaft** – Recht, sich frei zu bewegen und seinen Aufenthalt frei zu nehmen – **Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit** – Inländischen Studierenden gewährte Fahrpreisvergünstigung – Richtlinie 2004/38/EG – Art 24 Abs 2 – **Ausnahme vom Grundsatz der Gleichbehandlung** – Studienbeihilfen

in Form eines Stipendiums oder Studiendarlehens – Bedeutung – **Formanforderungen an die Klageschrift** – Zusammenhängende Darstellung der Rügen

02.06.2016, Rs C-252/14, Pensioenfonds Metaal en Techniek

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Kapitalverkehr** – Art 63 AEUV – **Besteuerung von Pensionsfonds** – Unterschiedliche Behandlung gebietsansässiger Pensionsfonds und gebietsfremder Pensionsfonds – Pauschale Besteuerung der gebietsansässigen Pensionsfonds auf der Grundlage eines fiktiven Ertrags – Erhebung einer Quellensteuer auf die Einkünfte aus von gebietsfremden Pensionsfonds bezogenen Dividenden – **Vergleichbarkeit**

02.06.2016, Rs C-355/14, Polihim-SS

Vorlage zur Vorabentscheidung – Direkte Steuern – **Verbrauchssteuern** – Richtlinie 2008/118/EG – Entstehung des Verbrauchsteueranspruchs – Art 7 Abs 2 – Begriff ‚Entnahme verbrauchsteuerpflichtiger Waren aus dem Verfahren der Steueraussetzung‘ – **Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom** – Richtlinie 2003/96/EG – Art 14 Abs 1 Buchst a – Verwendung von Energieerzeugnissen zur Stromerzeugung – Erwerb und Weiterverkauf von in einem Steuerlager befindlichen Energieerzeugnissen durch einen Zwischenerwerber – Unmittelbare Lieferung von Energieerzeugnissen an einen Wirtschaftsteilnehmer zum Zweck der Stromerzeugung – Ausweisung des Zwischenerwerbers als ‚Empfänger‘ der Waren in den Steuerdokumenten – Verstoß gegen die Anforderungen des nationalen Rechts für die **Befreiung von der Verbrauchssteuer** – Versagung der Befreiung – Nachweis der Verwendung der Erzeugnisse unter Voraussetzungen, die die Befreiung von der Verbrauchsteuer ermöglichen – **Verhältnismäßigkeit**

02.06.2016, Rs C-410/14, Falk Pharma

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Richtlinie 2004/18/EG – Art 1 Abs 2 Buchst a – Begriff ‚öffentlicher Auftrag‘ – **System für den Erwerb von Waren, bei dem jeder Wirtschaftsteilnehmer, der die zuvor festgelegten Voraussetzungen erfüllt, als Lieferant zugelassen wird** – Lieferung erstattungsfähiger Arzneimittel im Rahmen eines allgemeinen Systems der sozialen Sicherheit – Vereinbarungen zwischen einer Krankenkasse und allen Lieferanten von Arzneimitteln mit einem bestimmten Wirkstoff, die bereit sind, einen Rabatt auf den Kaufpreis in vorgegebener Höhe zu gewähren – Rechtsvorschriften, wonach grundsätzlich ein erstattungsfähiges Arzneimittel, das ein Wirtschaftsteilnehmer vertreibt, der keine solche Vereinbarung abgeschlossen hat, durch ein gleichartiges Arzneimittel eines Wirtschaftsteilnehmers ersetzt wird, der eine solche Vereinbarung abgeschlossen hat

02.06.2016, Rs C-418/14, ROZ-ŚWIT

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbrauchssteuern** – Richtlinie 2003/96/EG – **Gestaffelte Verbrauchsteuersätze für Kraftstoffe und Heizstoffe** – Voraussetzung für die Anwendung des Steuersatzes für Heizstoffe – Vorlegung einer monatlichen Zusammenstellung der Erklärungen, denen zufolge die erworbenen Erzeugnisse für Heizzwecke bestimmt sind – Anwendung des Verbrauchsteuersatzes für Kraftstoffe bei Nichtvorlegung dieser Zusammenstellung – **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit**

02.06.2016, Rs C-438/14, Bogendorff von Wolfersdorff

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 21 AEUV – **Freizügigkeit und freier Aufenthalt in den Mitgliedstaaten** – **Gesetz eines Mitgliedstaats, mit dem Adelsvorrechte abgeschafft und die Verleihung neuer Adelsbezeichnungen verboten** werden – Nachname eines volljährigen Angehörigen dieses Mitgliedstaats, der anlässlich eines gewöhnlichen Aufenthalts in einem anderen Mitgliedstaat, dessen Angehörigkeit der Betreffende ebenfalls besitzt, erworben wurde – Name, der Adelsbestandteile umfasst – Wohnort im erstgenannten Mitgliedstaat – **Weigerung der Behörden des erstgenannten Mitgliedstaats, den im zweitgenannten Mitgliedstaat erlangten Namen im Personenstandsregister einzutragen** – Rechtfertigung – Ordre public – **Unvereinbarkeit mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts**

02.06.2016, Rs C-27/15, Pizzo

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Richtlinie 2004/18/EG – **Teilnahme an einem Vergabeverfahren** – Möglichkeit, sich auf die Kapazitäten anderer Unternehmen zu stützen, um notwendige Bedingungen zu erfüllen – Nichtzahlung eines nicht ausdrücklich vorgesehenen Beitrags – **Ausschluss vom Vergabeverfahren ohne Möglichkeit einer Behebung dieses Mangels**

[02.06.2016, Rs C-81/15, *Kapnoviomichania Karelia*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – Verbrauchsteuern – Richtlinie 92/12/EWG – **Tabakwaren, die unter Steueraussetzung befördert werden** – **Haftung** des zugelassenen **Lagerinhabers** – Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, den zugelassenen Lagerinhaber gesamtschuldnerisch für die Zahlung der Beträge haftbar zu machen, die den gegen Schmuggler verhängten finanziellen Sanktionen entsprechen – **Grundsätze** der **Verhältnismäßigkeit** und der **Rechtssicherheit**

[02.06.2016, Rs C-122/15, *C*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Grundsatz der Gleichbehandlung und Verbot der Diskriminierung wegen des Alters** – Richtlinie 2000/78/EG – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Art 2, 3 und 6 – Ungleichbehandlung wegen des Alters – **Nationale Regelung**, die in bestimmten Fällen für **Einkünfte aus Altersrenten eine höhere Besteuerung vorsieht** als für **Einkünfte aus Erwerbstätigkeit** – Geltungsbereich der Richtlinie 2000/78 – Zuständigkeit der Europäischen Union im Bereich der direkten Steuern

[02.06.2016, Rs C-263/15, *Lajvér*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht** – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 9 Abs 1 – Begriffe ‚mehrwertsteuerpflichtig‘ und ‚wirtschaftliche Tätigkeit‘ – Art 24 Abs 1 – Begriff ‚Dienstleistung‘ – Landwirtschaftsbauten – **Bau und Bewirtschaftung eines Abwasserentsorgungssystems durch eine nicht gewinnorientierte Handelsgesellschaft** – **Auswirkungen der Finanzierung** der Bauten durch **staatliche Beihilfen** und **Beihilfen der Europäischen Union**

B. SCHLUSSANTRÄGE

[26.05.2016, Rs C-482/14, *Kommission / Deutschland \(GA Campos Sánchez Bordona\)*](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 2012/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums – **Getrennte Rechnungsführung** für den **Betrieb der Infrastruktur** und für **Verkehrsleistungen** sowie für die **verschiedenen Formen von Verkehrsleistungen** – **Verbot der Übertragung öffentlicher Gelder** von einem Tätigkeitsbereich auf einen anderen

[26.05.2016, Rs C-195/15, *Mulhaupt \(GA Szpunar\)*](#)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen** – Insolvenzverfahren – Verordnung (EG) Nr 1346/2000 – Art 5 – Begriff ‚dingliche Rechte Dritter‘ – Grundsteuer – **Rechtsvorschriften** eines Mitgliedstaats, nach denen die **Grundsteuer eine auf dem Grundbesitz ruhende öffentliche Last ist**, die gegenüber **jedem** etwaigen **Eigentümer vollstreckt werden kann**

[31.05.2016, Rs C-573/14, *Lounani \(GA Sharpston\)*](#)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Asyl – **Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge** – Richtlinie 2004/83/EG – Art 12 Abs 2 Buchst c – **Voraussetzungen für den Ausschluss** von der **Anerkennung als Flüchtling** – Begriff ‚Handlungen im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen‘ – Bedeutung von ‚Anstiftung‘ oder ‚Beteiligung‘ im Sinne von Art 12 Abs 3 – Rahmenbeschluss 2002/475/JI – Art 1 und 2 – Frage, ob eine Verurteilung wegen terroristischer Straftaten eine Voraussetzung für den Ausschluss von der Anerkennung als Flüchtling ist – **Prüfung der Ausschlussgründe**

[31.05.2016, Rs C-72/15, *Rosneft \(GA Wathelet\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** – Gültigkeit bestimmter Artikel des Beschlusses 2014/512/GASP und der Verordnung (EU) Nr 833/2014 – **Restriktive Maßnahmen** angesichts der **Handlungen der Russischen Föderation**, die die **Lage in der Ukraine destabilisieren**

[31.05.2016, Rs C-157/15, *Achbita \(GA Kokott\)*](#)

Grundrechte – Richtlinie 2000/78/EG – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – **Begriff der Diskriminierung wegen der Religion oder der Weltanschauung** – Abgrenzung zwischen unmittelbarer und mittelbarer Diskriminierung – Rechtfertigung – Unternehmensinternes Verbot des Tragens sichtbarer politischer, philosophischer und religiöser Zeichen – Religiöse

und weltanschauliche Neutralität – **Entlassung einer Arbeitnehmerin muslimischen Glaubens wegen der festen Absicht des Tragens eines islamischen Kopftuchs am Arbeitsplatz**

[31.05.2016, Rs C-169/15, *Montis Design \(GA Campos Sánchez Bordona\)*](#)

Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – Schutzdauer – **Erlöschen und Wiederaufleben des Urheberrechts**

[02.06.2016, Rs C-76/15, *Vervloet ua \(GA Kokott\)*](#)

Wettbewerb – Staatliche Beihilfen (Art 107 Abs 1 AEUV) – Belgische **Garantieregelung zum Schutz der Anteile privater Anteilseigner an zugelassenen Finanzgenossenschaften** – Gültigkeit des Beschlusses der Europäischen Kommission zur Untersagung der Garantieregelung (Beschluss 2014/686/EU) – **Stillhalteverpflichtung** (Art 108 Abs 3 AEUV) – **Einlagensicherungssysteme** (Richtlinie 94/19/EG)

[02.06.2016, Rs C-148/15, *Deutsche Parkinson Vereinigung \(GA Szpunar\)*](#)

Freier Warenverkehr – Art 34 und 36 AEUV – **Nationale Preisbindung für verschreibungspflichtige Arzneimittel** – Maßnahme mit gleicher Wirkung wie eine mengenmäßige Beschränkung – **Verkaufsmodalität** – **Rechtfertigung** aus Gründen des **Gesundheitsschutzes**

[02.06.2016, Rs C-185/15, *Kostanjevec \(GA Kokott\)*](#)

Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Zeitlicher Anwendungsbereich – **Widerklage, mit der ein Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung geltend gemacht wird** – Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag – Erfüllungsort der Verpflichtung

[02.06.2016, Rs C-191/15, *Verein für Konsumenteninformation \(GA Saugmandsgaard Øe\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Außervertragliche Schuldverhältnisse** – Verordnung (EG) Nr 864/2007 (Rom II) – Vertragliche Schuldverhältnisse – Verordnung (EG) Nr 593/2008 (Rom I) – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – Schutz personenbezogener Daten – Richtlinie 95/46/EG – Unterlassungsklage – Richtlinie 2009/22/EG – **Grenzüberschreitender elektronischer Geschäftsverkehr** – Allgemeine Geschäftsbedingungen – Rechtswahlklausel – Wahl des Rechts des Mitgliedstaats, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat – **Bestimmung des anwendbaren Rechts** für die **Beurteilung der Missbräuchlichkeit allgemeiner Geschäftsbedingungen** im Rahmen einer Unterlassungsklage

[02.06.2016, Rs C-412/15, *TMD \(GA Wahl\)*](#)

Mehrwertsteuer – Vorsteuerabzug – Art 132 Abs 1 Buchst d der Mehrwertsteuerrichtlinie – ‚Blut‘ – **Lieferungen von Blutplasma zur Herstellung von Arzneimitteln**

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

02.06.2016, Beschwerde Nr. 23646/09, *Geotech Kancev GmbH / Deutschland*

Keine Verletzung von **Art 11 EMRK** (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) und **Art 1 1. ZP EMRK** (Eigentumsfreiheit); **Verpflichtung** für bf Unternehmen aufgrund eines **Tarifvertrags** über das Sozialkassenverfahren im Baugewerbe **Beiträge** als **Zusatzversorgung** für Angestellte abzuführen, ohne selbst einer der für den Abschluss der Tarifverträge verantwortlichen Organisationen anzugehören; keine Verletzung der **negativen Vereinigungsfreiheit**, da zwar Anreiz zu Mitgliedschaft, jedoch kein Zwang; keine Verletzung des Rechts auf Eigentumsfreiheit, da alle Beiträge in einen gemeinsamen Sozialfonds fließen und Mitgliedern der tarifabschließenden Organisation kein Vorteil erwächst

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heiml; Mag. Matthäus Schmied;

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.